Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1,00 Mk., vierteljährlich 3,00 Mk., durch die Post 3.25 Mk., ausschl. Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140
der Anzeigen-Abteilung Nr. 176;
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133.
Postscheckkonto Leipzig 4600.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme: vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr. — Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17.
Nebengeschäftsstelle: Markt 24

Nr. 339. **Halle, Freitag, den 23. Juli** **1915.**

Der Kampf um Iwangorod.

Zunahme der Gefangenenziffer. — Die Kämpfe um Görz.

Die gestrigen Mitteilungen der deutschen Heeresleitung lassen erkennen, daß man sich in Rußland selbst beliigt, wenn man auf die Widerstandskraft des polnischen Festungsvierecks großes Vertrauen setzt. Der Rückgang der Russen auf Blonie—Nadarzyn—Gora—Kalwarja bringt die deutschen Truppen von Westen und Süden her schon bis an die Vorstellungen von Warschau heran. Iwangorod ist nach den Mitteilungen der deutschen Heeresleitung schon eingeschlossen und es ist nach den bisherigen Erfahrungen sicher, daß unserer schweren Artillerie Befestigungen nicht lange widerstehen. Ist erst Iwangorod gefallen, dann wird auch Warschau, an das sich deutsche Truppen von Norden und Nordwesten ebenfalls heranschieben, nicht lange zu halten sein, und damit wäre das Zentrum der russischen Stellung schwer gefährdet. Da deutsche Truppen von Norden und von Süden her schon heute nur noch eine verhältnismäßig kurze Strecke von den Eisenbahnlinien Warschau—Bjellostok—Grodno und Warschau—Brest-Litowsk stehen, ist auch die Rückzugslinie der russischen Armeen bedroht, falls diese lange säumen.

Demgegenüber klingt es nicht überzeugend, wenn man aus Frankreich berichtet:

WTB. **Paris**, 22. Juli. Die Presse erklärt allgemein, der russische Rückzug sei ein wohlbedachtes strategisches Manöver, aber kein Sieg der verbündeten Armeen. Die Kraft des russischen Heeres sei ungebrochen. Die Räumung größerer Gebiete und Städte wie Warschau habe weiter keine Bedeutung. Der Hauptzweck der feindlichen Offensive sei der, durch Niederringung der Russen Truppen für größere Operationen in Frankreich freizubekommen. Ein solcher Erfolg werde dem Feinde sicher nicht beschieden sein, weil eben die russischen Armeen nur zum Rückzug veranlaßt, aber nicht geschlagen werden können.

In England scheint man anders zu urteilen, denn die „Daily Mail" wurde wegen eines Artikels über die Folgen der russischen Niederlage in Polen von der englischen Zensur beschlagnahmt.

T. U. **London**, 22. Juli. Die gesamte englische Presse bringt andauernd äußerst pessimistische Telegramme und im gleichen Sinne gehaltene Artikel über das Schicksal Warschaus. „Daily Mail" hebt die außerordentliche Bedeutung Warschaus in moralischer, strategischer und eisenbahntechnischer Hinsicht hervor. Der Fall Warschaus würde die Engländer ebenso treffen wie die Russen, vielleicht noch in höherem Maße. Die Aufgabe Warschaus durch die Russen würde sich sofort in den Kämpfen an der Westfront bemerkbar machen. Andere Blätter äußern ähnliche Besorgnisse. „Daily Expreß" gibt in ihrem Artikel der Vermutung Raum, daß der verzweifelte Widerstand der Russen schließlich doch nichts helfen werde. Der Petersburger Korrespondent der „Times" macht das Eingeständnis, daß die deutsche Offensive weitere Erfolge errungen habe und daß die russischen Truppen sich auf dem Rückzuge befinden. Er erklärt die Lage für durchaus ernst. „Daily Telegraph" hält die Einnahme Warschaus durch die Deutschen für ein unabwendbares Ereignis, wenn die Deutschen weiter solche Fortschritte machen wie bisher. „Morning Post" meint, daß ein Sieg der Russen ausgeschlossen sei, solange nicht genügend Munition zur Verfügung stehe. Infolge dieser Artikel herrscht im Publikum lebhafte Beunruhigung.

Shawle genommen.

c. B. **Shawle, 22. Juli. Den in den letzten Tagen an der ausgedehnten Ostfront erzielten Erfolgen reiht sich heute die erzwungene Wiedereinnahme von Shawle an. Mitte Mai waren die nördlich Shawle vorgeschrittenen Deutschen vor den an dieser Stelle besonders stark eingesetzten Kräften der Russen einige Kilometer nördlich und westlich, teilweise bis zur Dubissa, ausgewichen. Eine sehr kräftig ausgebaute russische Stellung befand sich bei Lepary und Gringarn. Am 20. Juli erfolgte der deutsche Angriff, nachdem durch Artilleriefeuer vorgearbeitet war, deren großes Kaliber sich besonders wirksam zeigte. Um 3½ Uhr nachmittags wurde die Leparyer Höhe Nr. 148 durch ein Infanterie-Regiment in kühnem Anlauf genommen. Heftige Gegenangriffe, die der Feind unternahm, endeten mit seiner völligen Vertreibung. Auch aus seinen übrigen seit vielen Wochen ausgebauten Stellungen bei Shawle und Radziwilischk wurde der Feind vertrieben. Um ihren Rückzug zu decken, nahmen die Russen den östlichen Teil der Stadt unter Artilleriefeuer. Er war aber von unseren energisch vordringenden Truppen bereits erobert.**

Strafgericht über 14 russische Generale.

c. B. **Kopenhagen, 22. Juli. Nach Petersburger Meldungen wurden wegen der galizischen Niederlagen 14 russische Generale und Stabsoffiziere ihrer Posten enthoben und von dem Oberkriegsgericht unter Anklage gestellt.**

Zur Verlegung der russischen Regierung.

c. B. **Kopenhagen, 22. Juli. Die „Nowoje Wremja" befürwortet neuerdings die Verlegung der Regierung nach dem Innern Rußlands, und zwar diesmal im Gegensatz zu ihren früheren Vorschlägen als Folge des strategischen Rückzuges der russischen Armee.**

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 22. Juli.

Amtlich wird verlautbart, 22. Juli 1915:

Russischer Kriegsschauplatz.

Der Raum westlich der Weichsel war gestern abermals der Schauplatz großer Erfolge der Verbündeten. Die feindliche Hauptstellung, die westlich und südlich Iwangorod in der Linie Kozienice—Jamoniec angelegt und festungsartig ausgestaltet war, wurde beiderseits der Straße Radom—Nowa-Alexandria von deutschen Truppen durchbrochen. Die Russen wichen nach Iwangorod und auf das rechte Weichselufer. Ihr Rückzug über die Brücke von Nowa-Alexandria stand bereits unter dem Feuer der deutschen Artillerie. Oesterreichisch-ungarische Truppen nähern sich kämpfend von Westen, deutsche von Süden den Forts von Iwangorod. Zahlreiche Ortschaften westlich der Weichsel wurden von den fliehenden Russen in Brand gesteckt.

Oestlich der Weichsel dauert der Kampf in unverminderter Heftigkeit fort. Der Feind leistet den zähesten Widerstand. Bei Chodal und Berzeschow warfen Teile der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand nach hartem Ringen die Russen aus mehreren Stellungen. Die Verluste des Gegners sind groß. Die Zahl der bei der Armee des Erzherzogs eingebrachten, gestern gemeldeten Gefangenen wuchs auf 8000, die Beute auf 15 Maschinengewehre und vier Munitionswagen.

Auch weiter östlich gegen den Bug hin brachen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen an mehreren Stellen in die feindlichen Linien ein. Am oberen Bug erstürmten ungarische Regimenter den Brückenkopf Dobrotwor nördlich Kamionka-Strumilowa.

An der Zlota-Lipa und am Dnjestr blieb die Lage unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auch gestern wütete die Schlacht im Görzischen mit unverminderter Heftigkeit. Das Plateau von Doberdo stand tagsüber bis zur Küste unter besonders schwerem Artillerie-Massenfeuer. Die tapferen Verteidiger hielten Stand und schlugen alle Anstürme des Feindes glänzend ab.

In dem Abschnitt vom Monte Cosich bis Polazzo schoben sich die Italiener bis zum Abend nahe an unsere Stellungen heran. Nachts griffen sie zuerst bei Selz, dann an der ganzen Front zwischen diesem Orte und Vermegliano erneut an. Heute frühmorgens waren alle Stürme blutig abgewiesen. Der brave ungarische Landsturm hat sich hier wieder heldenhaft bewährt. — Mehrere Vorstöße des Gegners bei Polazze waren schon gestern untertags zusammengebrochen. Oestlich Sdraussina schritten unsere Truppen heute früh zum Gegenangriff und bemächtigten sich aller ihrer früheren Stellungen.

Der Feind ist hier im Rückzuge.

Am Nordwestrande des Plateaus wird erbittert weitergekämpft. Gegen den Görzer Brückenkopf brachten die Italiener namentlich in der Richtung gegen Podgora immer neue Kräfte in die Schlacht. Zehn Infanterieregimenter griffen hier nacheinander vergebens an. Fast immer führte der Angriff zum Handgemenge. Drei Stürme scheiterten gestern vor unseren Hindernissen. In einzelne Grabenstücke gelang es dem Feinde einzudringen, nachts wurde er wieder hinausgeworfen. Ebenso scheiterten Angriffe schwächerer, mit Gasbomben bewehrter Kräfte bei Peuna. Auch zwei Vorstöße je eines Regiments auf den Monte Sabotino wurden unter flankierender Mitwirkung unserer Artillerie blutig abgeschlagen. Unsere, mit einzig dastehender Begeisterung und Zähigkeit fechtenden Truppen haben somit nach vierträgiger Schlacht ihre Stellungen sowohl am Plateau von Doberdo, als auch am Görzer Brückenkopf behauptet. Der Kampf ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Bei Plava, Tolmein und weiter nördlich unterhielt der Feind gestern ein lebhaftes Artilleriefeuer.

Die Gefechte im Krngebiet dauern fort.

Im Kärntner und Tiroler Grenzgebiet ist die Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Allgemeine russische Bittgottesdienste.

In Petersburg, in Moskau und in ganz Rußland wurden gestern auf Veranlassung der Synode Bittgottesdienste für den Sieg der russischen Waffen abgehalten. Zahlreiche Prozessionen durchzogen die Straßen, gefolgt von Zehntausenden aus der Volksmenge, die andächtig beteten.

Neue Ausschreitungen in Petersburg.

c. B. Krakau, 22. Juli.

„Nowa Reforma" meldet indirekt aus Petersburg über neue Pöbelexzesse in der Wyborg-Vorstadt, wo sich deutsche Fabriken befinden. Aber auch französische Fabriken wurden vom Pöbel völlig ausgeraubt.

Von der Bevölkerung geräumte russische Orte.

Wie der „Czas" nach Warschauer Blättern meldet, haben die russischen Behörden folgende Orte räumen lassen: Warschau, Siedlice, Iwangorod, Wilna, Kowno, Grodno und Bialystok sowie Riga. Die Erlaubnis zum Betreten dieser Städte kann Fremden nur auf kurze Zeit erteilt werden und nur in besonders wichtigen Fällen. In den Städten dürfen nur diejenigen Personen verbleiben, die bereits vor dem 14. Juni 1914 dort wohnhaft waren.

Die neue amerikanische Note.

c. B. Genf, 22. Juli.

Aus Washington drahtet Reuter: Die amerikanische Regierung hat sich entschlossen, Deutschland in einer Antwortnote mitzuteilen, daß, wenn deutsche Unterseeboote künftig die Ursache wären, daß amerikanische Bürger das Leben verlieren, sie dies als eine unfreundliche Handlung betrachten würde, denn es sei die Pflicht Deutschlands, den Unterseebootskrieg dem Völkerrecht gemäß zu führen. Weiter verlangt die amerikanische Regierung Schadenersatz für die an Bord der „Lusitania" umgekommenen Amerikaner. Schließlich weist die Note die Vorschläge Deutschlands zurück, den transatlantischen Verkehr durch bestimmte, in das amerikanische Schiffsregister einzutragende Dampfer kriegführender Mächte sicherzustellen. Die Note dürfte am Freitag nach Berlin übermittelt werden.

Wir geben diese Nachricht des Reuter-Bureaus mit allem Vorbehalt wieder. Es würde jetzt zwecklos sein, irgendwelche Folgerungen daraus zu ziehen, da man nicht weiß, wie weit sich die Reutermeldung mit der Wahrheit deckt

Die Streiks der amerikanischen Munitionsarbeiter und in der Standard Oil Company.

c. M. Genf, 22. Juli.

Der „Herald" meldet aus New York: In den amerikanischen Munitionsfabriken streiken 11 000 Arbeiter. Auch der Hafenarbeiterverband in Boston beschloß, eine 20—40 proz. Lohnerhöhung zu fordern, andernfalls er die Verladung der Munitionslieferungen einstelle.

c. B. Amsterdam, 22. Juli.

Die ausständigen Arbeiter der Standard Oil Company haben die Fabrik der Gesellschaft in Bajonne angegriffen. Die Wächter schossen und verwundeten drei der Angreifer. Die Menge, angeblich 5000 Mann, sammelte sich aber bald wieder zu einem neuen Angriff auf die Fabrik. Diesmal wurden 50 Mann verwundet, darunter einige Polizeiagenten. Trotzdem ging es dann von neuem zum Sturm, jetzt auf die Krankenhäuser, die die Streikenden besetzten. Die New Yorker Blätter dringen auf eine Untersuchung, selbstverständlich gegen ausländische Agenten. Die Führer der Arbeiter sagen einen allgemeinen Streik mit dem ausgesprochenen Zweck voraus, die Fertigstellung ausländischer Munitionslieferungen zu verhindern.

Warnung an Auslandsdeutsche.

WTB. **Berlin**, 22. Juli. Wie verlautet, sind in den neutralen Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten von Amerika, Personen deutscher Abstammung als Arbeiter, Ingenieure oder in sonstiger Eigenschaft in Betrieben tätig, die sich mit der Herstellung von Kriegsbedarf für unsere Feinde befassen. Alle diejenigen, die auf solche Weise die fremde Kriegsmacht stärken und dadurch Deutschlands Kriegführung erschweren, laden nicht nur eine schwere moralische Schuld gegen ihr Vaterland auf sich, sie können auch, was nicht allgemein bekannt sein dürfte, nach den deutschen Gesetzen wegen Landesverrates bestraft

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150723017/fragment/page=0001

werden. § 89 des Reichs-Strafgesetzbuches sagt u. a.: Ein Deutscher, welcher vorsätzlich während eines gegen Deutschland ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet, oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder der Bundesgenossen desselben Nachteile zufügt, wird wegen Landesverrates mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Festungshaft von der gleichen Dauer bestraft. Ferner bestimmt der § 4 Absatz 2 des Strafgesetzbuches, daß ein Deutscher wegen einer landesverräterischen Handlung auch dann bestraft wird, wenn die Handlung im Auslande begangen ist. Sofern also Personen, die sich an der Herstellung von Kriegsbedarf für die Feinde Deutschlands beteiligen, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, können sie strafgerichtlich verfolgt werden, sobald sie deutschen Boden betreten. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die deutschen Strafverfolgungsbehörden jeden Deutschen, der in dieser Zeit seine Pflichten gegen das Vaterland verletzt, unnachsichtlich zur Verantwortung ziehen wird.

Mißachte das Gesetz — zahle den Schaden!

Unter der Ueberschrift „Mißachte das Gesetz — zahle den Schaden, das ist Englands Plan", schreibt „Newyork American" darüber, daß Amerika immer noch keine Antwort auf den amerikanischen Einspruch wegen der Beschränkung des amerikanischen Handels durch England hat. „Wie lange soll unsere Regierung noch warten?" fragt die amerikanische Zeitung und fährt dann fort:

„Die an England gerichtete Note erklärt unter ausdrücklicher Betonung der allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechts, daß England diese systematisch verletze durch die Art und Weise, wie es neutrale Schiffe und neutrale Häfen behandele, und verlangte vollen Schadenersatz für jeden einzelnen Fall der Verletzung. Großbritannien erklärte in der Antwortnote, daß in jedem einzelnen zur Aburteilung gelangten Falle Schadenersatz geleistet worden sei, und daß zurzeit nur drei amerikanische Schiffe angehalten blieben, und England erklärt in der Tat, daß es den ausdrücklichen Zweck, das Völkerrecht beiseite zu schieben, verfolgt habe, daß es dies aber getan habe in einer Art und Weise, die den hiervon betroffenen Parteien den geringsten Schaden zufüge. England läßt jedoch in seiner Note die eigentliche prinzipielle Frage, ob es überhaupt zulässig sei, ein neutrales Schiff auf seiner Reise von einem neutralen Hafen zum andern trotz Protestes aufzuhalten und dessen Ladung zu beschlagnahmen, auch wenn Schadenersatz geleistet wird, unbeantwortet. Die Vereinigten Staaten haben eine solche Handlungsweise als den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechtes widersprechend erklärt. Großbritannien schweigt sich über die Frage der Gesetzmäßigkeit aus, erklärt aber, daß es von seinem Verfahren nicht abgehen wird. In den Vereinigten Staaten wurden heftige Vorwürfe gegen Deutschland laut, als die kaiserliche Regierung es versuchte, die Grundsätze des Völkerrechtes abzuändern, um die Versenkung der „Lusitania" zu rechtfertigen. Großbritannien versucht es in seiner Antwortnote nicht einmal, das Völkerrecht abzuändern, zu ergänzen oder zu verdrehen, sondern es läßt das Völkerrecht einfach außer acht. Infolgedessen ist das Staatsdepartement England gegenüber nicht zu einer Lösung der Frage gelangt. Ehe es weitere Schritte tut, muß es die Frage lösen, ob es willens ist, einen selbst reichlichen Schadenersatz an Private als eine genügende Rechtfertigung dafür anzusehen, daß England unsere Schiffahrt ohne die geringste völkerrechtliche Berechtigung und trotz unserer Proteste weiterhin stört. Wenn wir aber diese Politik verfolgen wollen, dann ist es auch ungerechtfertigt und ungehörig, wenn wir uns bei dem Verkehr mit irgendeinem Staate auf den Buchstaben des Völkerrechtes berufen, wenn überhaupt noch ein Völkerrecht, auf das man sich berufen könnte, besteht."

*

Reuter meldet aus Washington: Das Ersuchen, das der deutsche Botschafter Graf Bernstorff an die Vereinigten Staaten gerichtet hat, bei England in der Angelegenheit der Kriegführung zur See vermittelnd aufzutreten, soll nach Meldungen Reuters kühl aufgenommen worden sein. Staatssekretär Lansing betrachte es als einen Versuch, die „Lusitania"-Frage in den Hintergrund zu schieben und den Eindruck hervorzurufen, daß diese „Wahnsinnstat" im Vergleiche mit den englischen Blockademethoden von geringem Belang sei. Nach Mitteilungen aus sehr offizieller Quelle sei nicht zu erwarten, daß sich Präsident Wilson darauf einlassen werde. Wenn Deutschland in England formelle Vorstellungen zu machen habe, so werde Wilson sie übermitteln, da die Vereinigten Staaten ein Verbindungsglied zwischen England und Deutschland bilden; sonst aber werde der Präsident nichts tun.

So sagt Reuter. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß es später immer anders war, als Reuter ursprünglich verbreitete!

England und Frankreichs falsche Rechnung.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Das Leben ist kein Rechenexempel; wer es rechnerisch zu erfassen sucht, wird sich sicher verrechnen. Unsere Gegner, vor allem England und Frankreich, begründeten ihre den großen Krieg vorbereitende Einkreisungspolitik auf rechnerische Erwägungen. Sie zogen die zuverlässigsten statistischen Erhebungen zu Rate, stellten zusammen, was das deutsche Volk unbedingt zum Leben und zur Aufrechterhaltung seines Wirtschaftslebens braucht, stellten fest, was es davon selbst hervorbringen und was es unbedingt einführen muß, und kamen so zu dem Schluß, daß eine völlige Absperrung vom Auslande Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Kriege sehr rasch zwingen müsse, schon vor Hunger um jeden Preis Frieden zu schließen. Sie rechneten gut und verrechneten sich doch. Sie übersahen, daß die Not ein Volk wie den einzelnen erfinderisch macht und tausend Auskunftsmittel ersinnen läßt, von deren Dasein oder Möglichkeit man keine Ahnung hatte; sie berücksichtigten vor allem nicht, daß ein Volk, das im Frieden alle Vorteile des weltwirtschaftlichen Austauschverkehrs genießt, aus purer Bequemlichkeit nur einen Teil seiner nationalen Hilfsquellen sich nutzbar macht. In Wirklichkeit hat sich nun das, was Deutschland zum Unheil gereichen sollte, in Segen verwandelt, während England und Frankreich kaum mehr eine größere Sorge kennen, als wie sie sich die Vorteile, die ein geschlossener Handelsstaat im Kriege bietet — wie das deutsche Beispiel lehrt —, zunutze machen und den Folgen des freien Verkehrs mit der Außenwelt entrinnen können.

Die englische wie die französische Presse jammert über die fortschreitende Verschlechterung der Handelsbilanz des eigenen Landes und predigt der Bevölkerung möglichste Enthaltsamkeit, also freiwilligen Verzicht auf jene freie überseeische Einfuhr, durch deren Sperrung man einst den Anfang vom Ende des Deutschen Reiches heraufbeschworen zu haben wähnte. Die Londoner „Times" sprechen von einem Paradox der Einfuhr. Die Juni-Ergebnisse zeigten, daß der Wert der Einfuhr im letzten Monat um fast 18 Millionen Pfund Sterling größer gewesen sei als im Juni 1914, während, für ein halbes Jahr berechnet, die Zunahme über 53 Millionen Pfund Sterling betrage. Da die englische Ausfuhr zurückgegangen sei — um etwa 6 Millionen für Juni allein und fast 80 Millionen im letzten Halbjahr —, ergebe sich in England eine unbequem große Passivität der Handelsbilanz. Um diese wieder zu vermindern, müsse man überall sparen, weniger verbrauchen und dadurch weniger importieren. Im Augenblick nehme die Kriegsanleihe alle Aufmerksamkeit des Volkes in Anspruch. Nach der Zeichnung aber werde die Frage der ungünstigen Handelsbilanz, die dauernd einen Druck auf die Geldreserve Englands ausübe, das ernsteste Interesse beanspruchen müssen. Ganz auf den gleichen Ton sind Betrachtungen französischer Blätter zu den Ziffern des französischen Außenhandels für das erste Halbjahr 1915 gestimmt. Auch diese zeugen von einer starken Verschlechterung der Handelsbilanz. Die Bewegung des französischen Außenhandels für Juni allein ergibt im Vergleich zum Juni 1914 folgendes Bild: Bei der Einfuhr einen Mehrertrag von 63 246 000, bei der Ausfuhr einen Ausfall von 273 521 000 Franken. Der Mehrertrag in der Einfuhr rührt daher, daß die Einfuhr von Lebensmitteln einen Mehrbetrag von 51 383 000 Franken und die Einfuhr fertiggestellter Gegenstände einen Mehrbetrag von 103 357 000 Franken aufweisen, während die Einfuhr an Rohstoffen für Industriezwecke um 91 494 000 Franken hinter dem Vorjahr zurückblieb. Nach einer amtlichen Erklärung ist der Mehrbetrag in der Einfuhr hauptsächlich auf Käufe für die Heeresverwaltung zurückzuführen. Das sei bedauerlich, und es müsse daher alles unternommen werden, um die heimische Industrie zu größerer Tätigkeit zu bringen, damit die Käufe im Auslande auf das Mindestmaß herabgesetzt und durch Käufe bei der heimischen Industrie ersetzt werden.

Für England ist die schlimmste Seite der Verschlechterung der Handelsbilanz die, daß sie die amerikanische Industrie für den Wettbewerb auf den Weltmärkten auf Kosten der eigenen stärkt. Je mehr die Einfuhr aus Amerika die Ausfuhr dorthin übersteigt, desto mehr englisches Geld wandert in die Vereinigten Staaten ab, um dort die von jungen entwickelungsfähigen Einfuhrländern so gern in Anspruch genommene Fähigkeit des Export-Industrialismus zu steigern, Kredit zu geben. Unsere Unterseeboote tragen natürlich auch ihr Teil dazu bei, um den Engländern und Franzosen den Geschmack an der freien überseeischen Einfuhr zu verderben; denn sie treiben die Prämien und Frachtsätze in die Höhe, bringen es also zuwege, daß beide Länder für ihre Einfuhr auch erheblich höhere Preise zahlen müssen als in Friedenszeiten.

Anfragen im englischen Unterhause.

Bestechungsgelder.

Wie aus London, 21. Juli, gemeldet wird, wurden in der gestrigen Sitzung des Unterhauses wieder einige Anfragen beantwortet. Wir erhalten darüber folgenden Bericht:

Chamberlain erklärte auf eine Anfrage, er habe eine Depesche aus Indien erhalten, wonach die Regierung voraussichtlich feindliche Fremde demnächst internieren werde.

Der Schatzkanzler sagte, ein Mindestpreis für die neue Kriegsanleihe würde nicht festgesetzt werden.

Nield (Unionist) stellte eine Frage wegen der Vereinigung für demokratische Kontrolle, die Propaganda gegen die Rekrutierung und für die Beendigung des Krieges treibe, ebenso wegen der unabhängigen Arbeiterpartei, die 200 Versammlungen wöchentlich in gleicher Absicht halte und eine große Menge Literatur verbreitet habe, worin die frühere und gegenwärtige Regierung angegriffen und die Tatsachen über den Ursprung des Krieges entstellt würden. Nield fragte weiter, ob die Regierung wirksame Schritte tun würde, um die Propaganda zu verhindern und die beteiligten Personen in den Anklagezustand zu versetzen. Er fragte ferner, ob diese Körperschaften von Deutschland finanziert würden.

Ponsonby sagte, der Verein für demokratische Kontrolle habe eine derartige Propaganda wiederholt abgeleugnet und nehme keine Beiträge von den Feinden an. Carson führte aus, der Verein verfolge den Zweck, beim Kriegsende einen solchen Ausgleich und solche Aenderungen in den Beziehungen der Völker herbeizuführen, die einen dauernden Frieden anstatt die Zeit eines neuen Wettrüstens bringen würden. Die Organe der Bewegung würden beobachtet. Nield fragte, ob die Polizei den Versammlungen beiwohnen und darüber berichten könne. Carson sagte, wenn die Polizei von Versammlungen erführe, würde sie diese sicher besuchen. Ponsonby sagte, der Verein sei bereit, die Liste der Geldgeber von der Regierung prüfen zu lassen und die Polizei zu den Versammlungen zuzulassen. Chanceller (liberal) sagte, mehrere Mitglieder der Vereinigung hätten an der Rekrutenwerbung teilgenommen. Pringle (liberal) fragte, ob nicht ein Kabinettsmitglied die Vereinsmitgliedschaft erst nach der Ernennung zum Minister aufgegeben habe. Outhwaite (liberal) fragte, ob die Regierung, ehe sie Schritte gegen den Verein unternähme, den Minister Henderson um Rat fragen wolle, der aus dem Verein ausgetreten sei, um in das Kabinett einzutreten. Carson erklärte: Nein!

Bei der Debatte über die Kohlenbill beantragte Halton (liberal), die Bill zu verwerfen, da sie ungerecht sei und die Kohlenindustrie anders behandle, während andere Industrien große Kriegsgewinne machen dürften. Minister Runciman verteidigte die Bill aus praktischen Gründen, da sonst die Kohlenpreise gewaltig steigen würden. Der Schatzkanzler würde die Frage der Besteuerung der Kriegsgewinne nicht übersehen. Markham kritisierte die Regierung. Hätte sie sofort angekündigt, daß sie die Kriegsgewinne gründlich besteuern würde, dann wäre der Streik in Südwales vermieden worden. Markham sowie andere Redner betonten, daß namentlich die Gewinne des Zwischenhandels herangezogen werden müßten. Die Bill wurde in zweiter Lesung angenommen. Bei der Beratung der Bill, daß die Jagdzeit für Moorhühner am 5. August statt am 12. August beginnen sollte, erhob Dalziel dagegen Widerspruch, daß sich das Haus in der großen nationalen Krisis mit solchen Lappalien abgeben müsse, während die Regierung einen Sitzungstag für die Erörterung vitaler Fragen verweigerte. Markham beantragte Vertagung der Debatte, was angenommen wurde.

*

Das englische Unterhaus hat die neue Kreditvorlage, die in Wirklichkeit die Beschaffung von Bestechungsgeldern für die Neutralen bewirken soll, in Höhe von 3000 Millionen Mark einstimmig angenommen. Der Ministerpräsident Asquith erklärte, die Regierung ersuche um die Ermächtigung, das Geld für Bewilligungen zu Zwecken auszugeben, die „mit dem Kriege in Verbindung stünden". Asquith ließ deutlich durchblicken, daß diese 150 Millionen Pfund Sterling weder für England noch für einen der verbündeten Staaten bestimmt seien, und fügte bezeichnend hinzu, er sei sicher, daß das Unterhaus keine weiteren Aufklärungen von ihm verlangen werde. Die Regierung habe es in der jetzigen Lage für wünschenswert gehalten, daß sie weitergehende Vollmachten mit Rücksicht auf diejenigen Länder oder Staaten erhalte, denen möglicherweise Vorschüsse geleistet werden. Die Frage bleibt nur, wer der glückliche bevorschußte Nichtalliierte sein wird.

Fürst Hohenlohe und die Balkanstaaten.

c. B. **Konstantinopel**, 22. Juli.

Die warme Aufnahme, die dem Fürsten Hohenlohe türkischerseits bereitet wird, gilt nicht allein dem Vertreter des deutschen Botschafters, sondern auch der Persönlichkeit, von der, wie in türkischen politischen Kreisen versichert wird, eine endgültige Verständigung Rumäniens und der Zentralmächte erwartet wird. Die Verständigung dieser Mächte wird auch deshalb erhofft, weil als deren Folge eine bulgarisch-rumänische Verständigung und ebenso die türkisch-bulgarische Vereinbarung und letzten Endes eine offene Stellungnahme Griechenlands zu den Nachbarstaaten sich ergeben dürfte. Nach einer Meldung des „Turian" blieb Fürst Hohenlohes Besuch in Sofia nicht erfolglos. Seine Unterredungen mit verschiedenen Staatsmännern sollen ein gutes Ergebnis gehabt haben. Daß Radoslawow und andere Kabinettsmitglieder dem ihm zu Ehren gegebenen Mahle beiwohnten, hat die Russenfreunde in Sofia in Verlegenheit gebracht. Ein aus Sofia vorgestern hier eingetroffener bulgarischer Abgeordneter bestätigte diese Nachrichten mit dem Hinzufügen, daß Fürst Hohenlohe sein Ziel in Bulgarien sicher erreichen werde.

Eine bulgarische Anleihe?

WTB. **Wien**, 22. Juli. Der Direktor der bulgarischen Staatsschuldenverwaltung, Dr. Styanow, ist in Wien eingetroffen. Er hat mit hiesigen Finanzinstituten Fühlung genommen und ist nach Berlin weitergereist.

Neue Vorschläge für Rumänien.

c. B. **Sofia**, 21. Juli. Die in Jassy erscheinende Zeitung „Evenimentul" meldet, daß die Ententemächte der rumänischen Regierung neue Vorschläge machen werden, in denen Rumänien alle geforderten Gebiete zugestanden werden und auch die Munitionsversorgung Rumäniens übernommen werden soll. Die Verhandlungen des Vierverbandes werden von Paris aus geführt, wo sie der französische Minister des Aeußern Delcassé persönlich leitet. Die Petersburger Instruktionen gehen dahin, die Verhandlungen endgültig abzubrechen, wenn Ministerpräsident Bratianu abermals ausweichend auf die neuen Vorschläge antwortet.

*

Zur neuen Offensive Hindenburgs sagt der Bukarester Vitorul: Der rumänische Generalstab habe die tatsächliche Lage besser festgestellt als die Köpfe exaltierter Politiker, die das rumänische Heer nutzlos geopfert hätten.

Die feindlichen Berichte.

Die neue Isonzoschlacht.

WTB. **Rom**, 22. Juli. „Messagero" schreibt, daß die Schlacht auf den Karsthöhen seit zwei Tagen und zwei Nächten beinahe ohne Unterbrechung andauere. Die Italiener hätten bereits einen Teil der Monfalcone und Görz im Norden beherrschenden Stellungen erobern können.(?) Der König habe fast unausgesetzt den schwierigen, aber glücklichen Unternehmungen beigewohnt.

*

WTB. **Rom**, 22. Juli. Amtlicher Bericht der Obersten Heeresleitung: Die Kämpfe in Cadore und am Isonzo werden immer intensiver. Gegen Görz wurde ein Teil der Höhenlinie, die auf dem rechten Ufer die Stadt und die Brücken über den Isonzo deckt, gewonnen. Auf dem Karstplateau wurde der Feind aus einigen Schützengräben vertrieben. Außer Maschinengewehren und Munition fielen weitere Gefangene in unsere Hand. Die Zahl der am 18. bis 20. Juli gemachten Gefangenen beträgt 3478. Nach Aussagen von Gefangenen sind die Verluste des Feindes sehr schwer.

Der amtliche französische Bericht.

WTB. **Paris**, 22. Juli. Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: Geschützfeuer um Souchez. Soissons wurde in der Nacht beschossen. Im Walde von Apremont wurden Angriffe des Feindes zurückgeschlagen. In den Vogesen bemächtigten wir uns eines Teiles der deutschen Verteidigungsanlagen auf den Abhängen, die das westliche Fechttal beherrschen. Wir rückten weiter an den Linggrund heran. 31 Flugzeuge haben gestern den bedeutenden Eisenbahnknotenpunkt Conflans—en-Jarnay mit Erfolg beschossen. Zwei Flugzeuge bewarfen gestern nacht wieder den Bahnhof von Colmar mit Erfolg. Acht Bomben fielen auf die Schienenstränge.

*

Frankreichs Kampf gegen die Wahrheit.

WTB. **Paris**, 21. Juli. „Petit Parisien" berichtet: Vor dem Pariser Kriegsgericht hat heute der Prozeß gegen die Verfasser und Verbreiter der Flugschriften „Man belügt uns, man täuscht uns" begonnen, in denen die Soldaten zum Desertieren aufgefordert wurden und in denen lebhaft gegen den Krieg protestiert wurde. Angeklagt sind der Spiritist Hureau, seine Geliebte Donnadieu, deren Ehemann und der Anarchist Présoit. Die Verhandlung wird vier Tage dauern.

Die Frage der Fleischversorgung Italiens

behandelt Giovanni Raineri im „Corriere della Sera" vom 12. Juli: Die letzte amtliche Viehzählung ergab mehr als 6 Millionen Stück Rindvieh, die sich bis heute wohl auf 7 Millionen erhöht haben werden. Die Schlachtung beträgt mehr als 2 Millionen Stück jährlich, das sind rund 170 000 im Monat, von denen die Hälfte Kälber unter einem Jahr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150723017/fragment/page=0002

sind. Welches ist der durch die Mobilmachung und deren Folgen bedingte Mehrverbrauch, „wenn mit einer Dauer des Krieges von 6 Monaten gerechnet wird?“ Bei einer Tagesfleischration der Truppen von 325 Gramm für den Mann und einer Heeresstärke von 2 Millionen würden in 6 Monaten 1,35 Millionen Doppelzentner Schlachtfleisch verbraucht werden. Dies ergibt bei einem Verhältnis von 1 : 1,9 ein Lebendgewicht von 2½ Millionen Doppelzentnern oder 500 000 Stück bei einem Durchschnittsgewicht von 5 Doppelzentnern. Da sich schon ein großer Teil der zum Heere Einberufenen vorher von Fleisch genährt hat, so beläuft sich der tatsächliche Mehrverbrauch auf drei Fünftel obiger Zahl, also auf 300 000 Stück.

Wie kann diese Vermehrung ausgeglichen werden?

Unter Berücksichtigung der höheren Preise, des geringeren Verbrauches infolge der durch den Krieg bedingten schlechteren wirtschaftlichen Lage, der aufgehobenen Ausfuhr, andererseits der kleinen Einfuhr, die sich durch die rationellere Viehzucht verringert hat (1910 wurden noch 170 000 Stück eingeführt), kann, ohne daß genauere Angaben eine Kontrolle gestatten, angenommen werden, daß der Landesmehrverbrauch sich in diesen 6 Monaten auf 250 000 Stück oder monatlich auf 40 000 beläuft. Wenn dieser Mehrverbrauch mit dem Bestande von 7 Millionen verglichen wird, so kann eigentlich von keiner Schwierigkeit die Rede sein. Der Vergleich muß aber anders gestellt werden. Die 7 Millionen bilden keine einheitliche Masse, die nur auf Schlachtung wartet. Milchkühe, Zuchttiere und Zugochsen sind mit inbegriffen. Die wirtschaftliche Fleischerzeugung wird nur von den 2 Millionen — von denen noch eine Million Jungvieh ist — gegeben, die jährlich geschlachtet werden. Eine größere Abschlachtung würde die Preise erhöhen; ein gleichmäßiges Verteilen der Regierungsankäufe auf die einzelnen Provinzen könnte Aushreitungen in der Teuerung verhindern, die Teuerung selbst aber nicht abschaffen. Bleibt nur die Einfuhr von lebendem oder gefrorenem Fleisch aus den Ueberseeländern. England sucht die Fleischfrage in Frankreich, wo sie viel schwieriger ist, zu lösen; sind wir nicht auch zu diesem Zwecke mit der Königin der Meere verbündet?

In der Einfuhr besitzt Italien Erfahrung. Erinnern wir uns der Jahre um 1910, als Vieh von Serbien über Salonifi, was heute ausgeschlossen ist, und aus Argentinien eingeführt wurde. Erstere Art der Einfuhr ging ganz gut, bis die Rinderpest sie unterbrach. Aus Argentinien kam das an die freie Luft gewöhnte Vieh in einem Zustande nach der langen Seereise an, daß es mindermertig war. Heute spricht man von Angeboten für lebendes Rindvieh aus Brasilien und Kanada. Die Schwierigkeiten bestehen auch hier, sind aber nicht unüberwindlich. Frankreich beschäftigt sich seit langer Zeit mit der Einfuhr von Rindvieh, nachdem das Gesetz, fünf Jahre je 120 000 Tonnen gefrorenes Fleisch einzuführen, noch nicht durchgebracht worden ist und infolge der Krisis bei den Kommissionsberichterstattern und der Ueberweisung von Senat an Kammer wohl erhebliche Abänderungen erfahren wird. Der Gebrauch von Gefrierfleisch hat sich in unseren Großstädten sehr verbreitet. Aus Argentinien wurden hiervon eingeführt (in Doppelzentnern): 11 467 in 1910, 77 912 in 1911, 145 487 in 1912, 91 170 in 1913, 33 125 in 1914. Der Rückgang erfolgte durch Mißverhältnisse der Preise, die nicht mehr zusagten, und vor allem durch Mangel an Gefrierräumen. Das italienische Kriegsministerium hat sich stets bemüht, Gefrierfleisch einzuführen, das vor allem zur Herstellung von Konserven dient. Es hat sicher vor Ausbruch des Krieges und jetzt noch an eine reichliche Einfuhr gedacht, so daß für den Mehrverbrauch von 40 000 Stück gesorgt sein wird. Es muß aber auch für die Zivilbevölkerung gesorgt werden. Hier ist die Aufhebung des Einfuhrzolls von 12 Lire auf den Doppelzentner Gefrierfleisch und von 38 Lire auf das Stück anzuempfehlen. Auch müssen die Behörden für die Einrichtung von Gefrierhallen und eine bessere hygienische Behandlung beim Verkauf sorgen.

Zum Kohlenarbeiterstreik.

Die Arbeit in den Kohlenbezirken von Südwales ist wieder aufgenommen.

Amsterdam. 21. Juli. Die „Morning Post“ bezeichnet die Tatsache, daß der Streik in Südwales nur durch die Erfüllung aller von den Arbeitern gestellten Bedingungen zu beenden war, einen vollständigen Zusammenbruch der Regierung und eine „Schande, die England nicht schnell vergessen kann“. Die „Times“ schreiben, der Erfolg sei nur dem Minister Lloyd George zuzuschreiben; die königliche Proklamation habe vollständig versagt und die Regierung sei blamiert.

London, 22. Juli. (Reuter.) In Südwales ist heute die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Der Prozentsatz der Fehlenden ist gering.

Belagerungszustand auch im schottischen Kohlengebiet.

Die „News“ melden: Auch über das bisher noch vom Streik verschont gebliebene schottische Kohlengebiet ist der Belagerungszustand durch die Regierung verhängt worden.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Khedive wider Willen.

WTB. **Frankfurt a. M.,** 21. Juli. Die „Frankf. Ztg.“ berichtet aus Konstantinopel: Aus Kairo wird zuverlässig gemeldet: Ueber die Untersuchung wegen des jüngsten Anschlages auf den von den Engländern eingesetzten Khediven wird strengste Geheimhaltung gewahrt. Der Khedive wollte nach dem Anschlag abdanken und unternahm deshalb mehrfach Schritte. Die Engländer zwingen ihn jedoch, auf seinem Posten zu verharren. Die Engländer beabsichtigen, ägyptische Soldaten in englischer Uniform nach den Dardanellen zu entsenden. Die Soldaten revoltierten jedoch, so daß auf ihre Verwendung verzichtet werden mußte. — Ganz gewaltig ist der Zustrom Verwundeter nach Aegypten. Die großen weltberühmten Hotels Menahouse, Heliopolis, Palace Semiramis, Savoy und Gezireh Palace sind in Hospitäler umgewandelt. Das gleiche gilt für Alexandrien und Suez. Der von australischen Soldaten eingeschleppte Typhus verursacht wahrhafte Verheerungen; dabei macht sich das Fehlen an sanitärem Material sehr bemerkbar. Im Lande gewinnt zunehmender Mißmut die Oberhand. Die Heuschreckenplage, die in so furchtbarer Form wie jetzt noch nie aufgetreten ist, richtet unermeßliche Verwüstungen an.

Gefechte an der montenegrinischen Grenze.

c. B. „Esti Ufsag“ meldet: Oesterreichisch-ungarische Infanterie und Artillerie richteten einen Angriff gegen die montenegrinischen Vorposten bei Grahova. Nach dem Angriff geschah kein weiterer Vorstoß.

Der Flaggenmißbrauch unserer Feinde.

Nach einer Liste in der norwegischen Handels- und Schiffahrtszeitung kommen für Norwegen in der Zeit vom 5. März bis 23. Juni elf Fälle von Flaggenmißbrauch in Betracht, für Amerika sieben Fälle, darunter der „Lusitania“-Fall, für Dänemark sieben Fälle, für Griechenland ein Fall, für Holland sechs, für Schweden sechs und für Spanien vier Fälle. (Voss. Ztg.)

500 Ueberlebende vom „Guiseppe Garibaldi“.

Von der Besatzung des „Giuseppe Garibaldi“ sind nach Pariser Meldungen 500 Matrosen gerettet worden, so daß die Gesamtheit der Opfer ungefähr 50 beträgt. Ueberlebende teilen mit, daß das Kreuzergeschwader zwischen Ragusa und Cattaro kreuzte, als man drei Unterseeboote sichtete. Das Feuer wurde sofort eröffnet, zwei Unterseeboote entfernten sich, während das dritte unter Wasser blieb und zwei Torpedos abfeuerte, von denen das zweite Geschoß traf. Da die Bemannung auf solchen Zufall vorbereitet war, wurde der größte Teil gerettet.

Die Schadenersatzansprüche in Moskau.

TU. **Stockholm,** 20. Juli. Die Blätter melden: Ausländische Konsulate reichten bei den russischen Behörden ihre Schadenersatzansprüche für die Zerstörungen während der Moskauer Unruhen ein. Das amerikanische Konsulat machte für Deutsche, Oesterreicher und Türken 100 Forderungen geltend, das französische und die übrigen Staaten, besonders Schweiz und Schweden zusammen 20. Die Zahl der russischen zerstörten Geschäfte wird nicht genannt. Der Schadenersatz wird aus Kronmitteln geleistet werden. Bei den neuen Haussuchungen wurde von der Polizei viel gestohlenes Gut gefunden. Auf der südwestlichen Eisenbahn wurden große Unterschlagungen in Höhe von 300 000 Rubel aufgedeckt. Infolge der Untersuchung wurden 50 Beamte, auch höhere, verhaftet.

Der Eiserne Halbmond, ein Seitenstück zum Eisernen Kreuz, das kürzlich geschaffen wurde, ist soeben, wie der „B. Z.“ aus Konstantinopel gedrahtet wird, zum erstenmal einer Reihe von Kämpfern verliehen worden.

Deutsches Reich.

Bundesratsverordnungen.

Voraussichtlich am heutigen Freitag wird der Bundesrat eine Reihe wichtiger Verordnungen erlassen. Es handelt sich einmal um die Festsetzung der neuen Höchstpreise für Brotgetreide, ferner um eine Vorlage über Einrichtung der Reichsfuttermittelstelle und schließlich dürfte wohl auch noch Beschluß gefaßt werden über eine Verordnung zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers. Von der letzteren Verordnung darf man erwarten, daß sie für die Zukunft den Preistreibereien, die gegenwärtig in den verschiedensten Gebieten des Lebensmittelhandels herrschen, ein Ziel setzen wird.

Der Zusammentritt des Reichstags.

c. B. **Berlin,** 22. Juli. Das Plenum des Reichstages wird, wie man in parlamentarischen Kreisen vernimmt, erst am 12. August zusammentreten. Am 10. August wird sich voraussichtlich nur die Budgetkommission versammeln, die zunächst über die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen zu beraten haben wird. Ob die Beschlußfassung über die Kriegskredite sich diesmal in der nämlichen Kürze abwickeln wird wie bisher, wird hier und da bezweifelt. Die Aussichten des Stickstoffmonopols haben sich übrigens neuerdings verschlechtert.

Anrechnung der Militärdienstzeit in der Reichsangestelltenversicherung.

Eine Abänderung des Reichsgesetzes über die Angestelltenversicherung ist in neuerer Zeit wiederholt aus den Kreisen der Angestellten gefordert und auch im Haushaltsausschuß des Reichstages erörtert worden.

Es handelt sich darum, daß die Anrechnung der Militärdienstzeit als Beitragszeit bei der Angestelltenversicherung ebenso geregelt wird, wie dies in der Reichsversicherungsordnung geschehen ist. Einer solchen Regelung stehen nach der Auffassung des Staatssekretärs des Innern mancherlei Bedenken gegenüber; vor allem würde die Erfüllung der vorerwähnten Wünsche ohne eine Erhöhung der Beiträge nicht durchführbar sein. Die Verhältnisse bei der Invalidenversicherung und der Reichsversicherung der Privatangestellten sind nach dem Erachten der Reichsregierung verschieden, weil bei der letzteren die Beiträge bedeutend höher sind und deshalb der Ausfall an Beiträgen für die Militärdienstzeit nicht ohne weiteres getragen werden kann. Eine Aenderung des Gesetzes liegt daher nicht in den Absichten der Regierung.

Wegen einer Kriegsmaßnahme, die Anrechnung wenigstens der Kriegszeit herbeizuführen, stellte der Staatssekretär im Reichstagsausschuß Erwägungen in Aussicht.

Der Reichstag hingegen hat den Antrag des Ausschusses auf baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes wegen Anrechnung der Militärdienstzeit als Beitragsmonate mit großer Mehrheit angenommen, so daß nunmehr der Bundesrat zu dieser Frage entscheidend Stellung nehmen wird.

Tatarennachrichten über Krupp.

c. B. **Köln,** 21. Juli. Die „Köln. Ztg.“ schreibt: „Eine Stefani-Meldung des „Corriere della Sera“ aus Genf vom 9. Juli behauptet, daß nach Berliner Meldungen unter den Arbeitern der Kruppschen Werkstätten eine große Erregung herrsche. Der „Temps“ weiß es noch besser. Er teilte am 17. Mai seinen Lesern mit, daß die deutsche Presse selbst die Meldungen von einem großen Ausstande auf den Kruppschen Werken bestätige. Die „Frankf. Ztg.“ betone den Ernst der Lage und rate der Kruppschen Verwaltung zur Nachgiebigkeit. Die Kruppschen Arbeiter verlangten höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit. Auch seien einige Regimenter in der Umgebung der Kruppschen Werke untergebracht worden. Jeder Satz dieser Behauptung ist eine dreiste Erfindung. Weder droht ein Ausstand bei Krupp noch hat irgend eine deutsche Zeitung eine derartige Behauptung oder Andeutung veröffentlicht.“

Zwischen Traum und Tag.

Roman von **Robert Braunschweiger.**

(48. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Wirklich . . .“ sagte Buchler spöttisch.

„Ja, um Ihrer Tochter willen . . .“

„Meine Tochter tanzt nächsten Winter in Berlin.“

Jetzt war Wiegand der Ueberraschte.

„Nicht möglich, Herr Geheimrat.“

„Sehr wohl möglich, Herr Direktor!“

„Sie könnten sich einen ganzen Winter von Ihrer Tochter trennen?“

„Ich denke gar nicht daran.“

„Jetzt verstehe ich Sie nicht, Herr Kommerzienrat.“

„Muß ich denn noch deutlicher werden?“ fragte Buchler, Wiegands Ton von vorhin nachahmend.

„Ja, Herr Geheimrat.“

„Nun . . . das heißt, daß ich auch den größten Teil des Winters in Berlin zubringen werde.“

„Verdenken kann man's Ihnen nicht. Der Mensch muß auch mal ausspannen.“

„Ich denke gar nicht daran, auszuspannen.“

„Ja, was wollen Sie denn in Berlin?“

„Mich um meine Fabrik bekümmern.“

„Aber die ist doch hier in der Residenz!“

„Die alte . . . ja . . .“

„Die alte . . . Sie wollen eine neue bauen???“

„Ja . . .“

„In Berlin . . .?“

„Groß-Berlin . . . irgendwo in der Nähe von Wasser und Bahn . . .“

Wiegand schwieg. — Wenn er das dem Herzog sagte, als Buchlers Antwort . . . er hatte doch Seine Hoheit erst aufgehetzt mit der Tatarennachricht von dem neuen kommenden Mann und seiner Fortuna . . . er hatte gedacht, Buchler würde sich, um es mit dem Hofe nicht zu verderben, zu einem Kompromiß herbeilassen . . . und jetzt . . . der Millionär setzte dem Hofe, der Residenz, dem Lande, das die Steuern so gut gebrauchen konnte, kurzerhand den Stuhl vor die Tür . . . und diese Antwort mußte er dem Herzog überbringen . . . Seine Hoheit bekamen sicher einen Tobsuchtsanfall, wenn er von Buchlers Entschluß hörte. Das Offizierkorps des Husarenregiments würde Trauer anlegen und die Herren der Regierung vom Regierungsassessor aufwärts kämen um den Traum, auszurechnen, was alles sich mit Hildegard Buchlers Zinsen anfangen ließe. — Dann lieber schon Wolf Rainers Fortuna vor der Villa am Wall . . . das war entschieden das kleinere Uebel . . . so verlor das Land den größten Steuerzahler, die Residenz Tausende gut gestellter Familien, die Gesellschaft ihre reichste Erbin.

Der Direktor stand auf. Seine Mission in diesem Hause war erfüllt. Mit einem Gefühl des Triumphes, seines Erfolges sicher, war er gekommen. Total geschlagen verließ er die sonst so gastliche Stätte. Was er dem Herzog als Antwort bringen konnte, war eine schlimme Hiobspost. Wenn Wiegand jetzt beim Herzog Vortrag hielt, brauchte ihn keiner um seine bevorzugte Stellung zu beneiden.

„Eine interessante Neuigkeit habe ich übrigens noch für Sie, Herr Direktor!“ sagte Buchler beim Abschied. — „Herr Wolf Rainer hat nämlich auf den Preis verzichtet. Die Statue wird vielleicht an die Firma Trunz, Stantien und Wurm verkauft, und wo seine neue Fortuna zu stehen kommt, hier oder in Berlin . . . wer könnte das jetzt schon wissen . . .“

„Was Sie sagen, Herr Geheimrat . . .! — Freiwillig zurückgetreten . . . auf den Preis verzichtet . . .“

„Ja. Den Scheck über 15 000 Mark hat er vor meinen Augen zerrissen . . . dort liegen noch . . .“ er zeigte auf den Papierkorb — „die Fetzen . . .“

„Donnerwetter . . .“

„Ja, ja, Herr Direktor! — Unser neuer Bildhauer, der kommende Mann in der Kunst, scheint auch im Leben seinen eigenen Weg zu gehen. Hätten Sie 24 Stunden gewartet, konnten Sie sich zwei Wege sparen, von denen der letzte sicher der unangenehmste ist.“

„Stimmt . . .“

20. Kapitel.

Sehr groß . . . sehr elegant . . . der Bart tadellos gepflegt . . . so stand jetzt Wolf Rainer vor Hildegard Buchler.

„Ich komme als Eindringling, gnädiges Fräulein, und wenn der Herr Kommerzienrat mich nicht geschickt hätte . . .“

„Eindringling? — Dann zeigen Sie freundlichst auch Ihr Brecheisen und Ihre Dietriche!“

Wolf lachte.

„Haben Sie gar nicht, was? — Dann machen Sie sich gefälligst auch nicht schlechter, als Sie sind. Sie sind mir heute tausendmal willkommener als ich Ihnen gestern, wie ich Sie im Terrassensaal störte.“

„Ich war ja gar nicht böse, nur etwas zerstreut.“

„Aber etwas sehr. — Hoffentlich haben Sie sich heute gebessert.“

„Das habe ich, gnädiges Fräulein! — Sogar in vielem habe ich mich gebessert.“

„Nun tun Sie wieder, als wären Sie wunder was für ein Unmensch.“

„Bin ich ja auch.“

„Aber Herr Rainer . . .!!“

„Gewiß bin ich das . . . sonst hätte ich nicht in Ihrem Hause meine Fortuna ausgestellt . . .“

„Reut Sie das so?“

„Ja . . .“

„Warum?“

„Nun . . . meine Idee . . . ich habe mir das Glück nie anders als meine Fortuna denken können. Mit dieser Auffassung bin ich groß geworden, und da kommt . . .“

Wolf suchte nach einem Worte. Hildegard kam ihm lächelnd zu Hilfe:

„. . . so eine . . .“

„Und schlägt einem alle Ideale zusammen“, ergänzte Wolf.

„Darf ich fragen, Herr Rainer, wo Sie zu der Ansicht gekommen sind, das Glück sei doch nicht Ihre Fortuna?“

Wolf reckte sich, als er antwortete:

„Als es hieß: Wolf Rainer hat den Preis! — Als ich hörte, kein Entwurf außer meinem sollte ausgezeichnet werden, und als ich wußte, daß Fräulein Hildegard Buchler so warm für mich gesprochen hatte!“

„Das konnte Sie so schnell überzeugen?“

„Es hat meine Ueberzeugung wankend gemacht.“

„Und was hat sie gestürzt?“

„Gnädiges Fräulein, da können Sie fragen?“

Wolf sah Hilde an, daß ihr eine Blutwelle ins Gesicht schoß.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150723017/fragment/page=0003

Ausland.

Die Regierung gegen die Kriegshetzer in Griechenland.

c. B. **Rom**, 22. Juli. Nach einer Meldung aus Athen trifft die griechische Regierung umfangreiche Vorbereitungen, um Kundgebungen der Kammer und der vierverbandsfreundlichen Politiker für den Krieg zu unterdrücken. Die Interventionisten seien übrigens entmutigt, da eine Beteiligung Griechenlands am Weltkriege ausgeschlossen sei.

Die Spaltung unter den englischen Sozialisten.

c. B. **London**, 22. Juli. Das „sozialistische Komitee für die nationale Verteidigung", das sich kürzlich im Gegensatz zur unabhängigen Arbeiterpartei gebildet hat, plant eine große Versammlung, auf der die Haltung Ramsay Macdonalds und Keir Hardies angegriffen werden soll. Das Manifest des neuen Ausschusses bezeichnet die friedensfreundlichen Sozialisten als Träumer, „deutsche Agenten" und Pseudosozialisten. Französische und belgische Sozialisten werden an der Versammlung teilnehmen.

Halle und Umgebung.

Halle, 23. Juli

Kriegslohnzulagen der Eisenbahner.

Vor einigen Tagen ging durch die Tagespresse eine Nachricht, daß die Eisenbahnverwaltung ihren Handwerkern und Arbeitern Lohnzulagen bewilligt habe. Es handelt sich dabei um eine einmalige Zulage in der Höhe von 6 bis 22 Mark, je nach der Kinderzahl und nach der Größe des Ortes, die bereits zu Anfang Mai gezahlt wurde. Inzwischen bemühen sich die Eisenbahnerleitung, diese einmalige Zulage in eine dauernde umzuwandeln. Es sind bereits zahlreiche Eingaben an die einzelnen Direktionen, Bittschriften an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten erfolgt, und es haben auch Rücksprachen bei Parlamentariern in dieser Hinsicht stattgefunden. Einen ähnlichen Zweck verfolgt die Entschließung, welche der Ortsverein Halle des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter in seiner jüngsten stark besuchten Versammlung annahm. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß eine Gewährung fortlaufender Kriegslohnzulagen für die Dauer der gegenwärtigen Verhältnisse an sämtliche Eisenbahnhandwerker und Arbeiter eine zwingende Notwendigkeit ist. Nur gut genährte und von den drückendsten Sorgen befreite Eisenbahner garantieren diejenige Pflichttreue, welche für die Sicherheit des Verkehrs und nicht zuletzt auch der Heeresbeförderung unerläßlich ist. Der Staat selbst hat daher das größte Interesse daran, seinen Arbeitern einen unter den gegenwärtigen Verhältnissen auskömmlichen Lohn zu zahlen. Wir bitten daher die Königliche Eisenbahnverwaltung ganz gehorsamst, sie wolle unsere Wünsche dem Ministerium übermitteln und sie dort befürworten, damit wir endlich die gleichen Bezüge genießen, wie zahlreiche Gemeindearbeiter, Straßenbahner und die Eisenbahner anderer deutscher Bundesstaaten"

Der Nachfolger des Prof. v. Nathusius.

Der ordentliche Professor an der Göttinger Universität Dr. Gustav Frölich hat einen Ruf als Nachfolger des verstorbenen Professors Dr. v. Nathusius nach Halle an das Landwirtschaftliche Institut erhalten und angenommen.

Geboren 1879 zu Oker am Harz, besuchte Frölich das Gymnasium in Goslar, studierte in Braunschweig, Göttingen und Bonn-Poppelsdorf Naturwissenschaften und Landwirtschaft besonders bei den Professoren v. d. Goltz, Wohltmann, v. Seelhorst, Fleischmann und F. Lehmann. Im Jahre 1900 war er vertretungsweise Assistent am Versuchsfeld der Universität Göttingen, bestand im Herbst 1901 die Prüfung für Lehrer der Landwirtschaft, 1903 die Befähigungsprüfung für das Amt eines Tierzuchtinspektors und promovierte im Februar 1904 in Göttingen mit einer Arbeit „Ueber das sogenannte umlaufende Betriebskapital". Dann war Frölich in der landwirtschaftlichen Praxis als Beamter auf dem Rittergut Schildbach bei Taunn (Reuß) tätig, von 1905—1909 auf der Domäne Friedrichswerth in Thüringen als Leiter der Pflanzen- und Tierzucht, wurde am 1. Juli 1909 Generalsekretär des landwirtschaftlichen Hauptvereins in Göttingen und am 1. Oktober 1910 Extraordinarius für Tierzucht und zweiter Lehrer am landwirtschaftlichen Institut der Universität Jena als Nachfolger von Prof. Dr. A. Richardsen. Am 5. Oktober 1912 erfolgte seine Ernennung zum Ordinarius in Göttingen mit dem Lehrauftrag für die gesamte allgemeine Landwirtschaftslehre und Tierzucht. Frölichs Arbeitsgebiet ist die Pflanzen- und Tierzucht.

Eisernes Kreuz.

Dem Krankenträger Gustav Schulze, Sohn des Zugführers August Schulze hier, Bernhardystraße, ist auf persönlichen Wunsch des kommandierenden Generals Sixt von Arnim nach den Gefechten an der Lorettohöhe das Eiserne Kreuz verliehen.

Musterung des österreichischen Landsturms. Die Musterung der 1885 bis einschließlich 1872 sowie der seinerzeit vorzeitig aus der Landsturmpflicht ausgeschiedenen, 1873 oder 1874 geborenen österreichischen Landsturmpflichtigen wird nach einer Wiener Meldung vom 29. Juli bis 30. September durchgeführt. Die Einberufung der bei der Musterung als geeignet Befundenen zur Dienstleistung wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Gegen die Vergeudung von Dünger schreibt Prof. Zuntz in der „Kriegsfolk": Durch sorglose Aufbewahrung des Düngers erleidet unsere Landwirtschaft Verluste, die größer sind als die ganze Einfuhr an Handelsdüngern. Diese Verluste einzuschränken, liegt jetzt nicht allein im Interesse der Einzelwirtschaft, sondern ebenso in dem der Sicherung unserer Volksernährung. Da der Abfluß von Jauche in die Straßenrinnen und weiter in die Dorfteiche und Flußläufe außer dem Verlust der wertvollsten Bestandteile des Düngers auch eine Gefährdung der Gesundheit bedeutet, sollte er durch strenge Polizeimaßnahmen verhindert werden. Andererseits empfiehlt es sich, die Anlegung mustergültiger Dungstätten und besonders von wasserdichten Jauchegruben, welche das sicherste Mittel zur Verhütung der Verluste an Stickstoff und anderen Pflanzennährstoffen sind, durch Prämien und ähnliche Ermunterungsmittel zu fördern. Den Landwirtschaftskammern und den landwirtschaftlichen Vereinen sollten hierfür ausgiebige Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden. Ferner sollte die Verwendung der Torfstreu zum Aufsaugen der Jauche durch Anregung der Fabrikation und billige Frachtsätze gefördert werden.

Drachen steigen lassen ist verboten, wie folgender Gerichtsbericht aus Bochum allen, die es vergessen haben sollten, zu Gemüte führt. Am 2. Pfingstfeiertag ging dort der Neisende G. mit seinen drei Kindern ins Freie und ließ bei dieser Gelegenheit einen kleinen Papierdrachen aufsteigen. Er hatte wohl kaum bedacht, daß er sich dadurch gegen die Kriegsverordnung verging. Ein Schutzmann brachte ihn zur Anzeige, und nun stand G. wegen Zuwiderhandlung gegen die Anordnung des stellvertretenden Generalkommandos vor der Strafkammer. Da die Strafbestimmungen in der Bekanntmachung des Generalkommandos Geldstrafen nicht vorsehen, so blieb dem Gericht nichts anderes übrig, als auf eine Gefängnisstrafe zu erkennen; ein Tag Gefängnis erschien als ausreichend.

Provinzial-Nachrichten.

Jugendpflege.

Delitzsch, 22. Juli. Im Gasthof zu Crensitz tagten am vergangenen Sonntag nachmittag zahlreiche Führer und Freunde der Jugend des Kreises Delitzsch, um über Ziele und Wege der staatlichen Jugendpflege bezw. über Entwickelung und Gestaltung der Jungwehr im Kreise eine Aussprache herbeizuführen. Der Einberufer, Herr Inspektor Schöne-Zschölkau, wies in seinen einleitenden Worten auf den Zweck der Versammlung hin und schloß daran das Kaiserhoch. Namens des Jugendpflege-Ausschusses vom Amtsbezirk Wolkau begrüßte die Erschienenen Herr Lehrer Naumann-Crensitz. Der auch zu der Versammlung eingeladene Leiter der Jugendwehr für den Bezirk Merseburg, Herr Hauptmann Dr. Hirsch, ließ sich wegen Ueberhäufens mit Arbeiten entschuldigen. Zunächst wurde über den kürzlich stattgehabten Lehrgang in Merseburg Bericht erstattet durch Herrn Lehrer Mebes-Doberstau, ergänzt durch die Herren Rektor Kiesler-Hohenleina, Fortbildungsschullehrer Schaarschuh-Delitzsch und Lehrer Kummer-Behlitz. Hieran schlossen sich Mitteilungen über Erfahrungen der Jugendwehrleiter. Dabei wurden verschiedene Winke gegeben über Beschaffung von Flaggen, Listen, Tagebuch, Ueberweisung, Abzeichen bezw. Uniformen, Geldmittel, Helfer und Führer, Uebungszeiten und -Plätze, theoretischen und praktischen Unterricht, Kartenlesen, Geländeübungen und Beteiligung der Jugendlichen.

Des weiteren wurde der Förderer der Sache in Dankbarkeit gedacht, doch auch die mancherlei Hindernisse und die zahlreichen Gegner genannt, die besonders den Leitern und Führern ihr freiwilliges Amt oft recht schwer machen. Von verschiedenen Seiten wurde der Wunsch laut, daß die Behörde die Führer mehr unterstützen müsse, was am zweckmäßigsten durch einen gewissen Zwang erreicht werden könne. Ein Antrag, eine diesbezügliche Bitte an das Generalkommando zu richten, fand einstimmige Annahme. Diese lautet:

„Kgl. Generalkommando wolle in Anbetracht der Wichtigkeit der militärischen Vorbereitung der Jugend für die Zukunft unseres Volkes und Vaterlandes und in Anbetracht der Schwierigkeiten, die der Ausführung derselben entgegenstehen, verfügen, daß die schulentlassene männliche Jugend verpflichtet ist, an den Uebungen der staatlichen Jugendwehr ihres Bezirks teilzunehmen."

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf Turnverein und Jugendwehr. Wenn einesteils vom guten Verhältnis zwischen beiden Arten von Vereinen berichtet werden konnte, so mußte doch auch anderenteils recht betrübliche Zustände gemeldet werden. Während beide Arten von Vereinen in der Verfolgung des gleichen Zieles einig sein sollten, treten mancherorts die schärfsten Gegensätze hervor. Das wurde allseits bedauert. Die Arbeit der Turnvereine ist für die Jugendpflege hoch zu schätzen, ohne Turnverein keine Jugendwehr. Die Jugendwehr will die Turnerei keineswegs ausschalten, sondern nur die militärische Vorbereitung der Jungmannen hinzufügen. Es liegt darum sehr viel daran, daß ein Weg gefunden wird, ein besseres Einvernehmen zwischen beiden herbeizuführen. Die Jungwehren haben amtlich den Namen Jugendkompagnien, die einzelnen Abteilungen bilden Züge derselben. Gute Erfahrungen sind gemacht mit der Einführung der Holz-Exerziergewehre.

⚜ **Niemeck**, 22. Juli. (Eisernes Kreuz. — Festnahme.) Der Reservist Otto Quilitzsch von hier, der seit Kriegsbeginn auf dem westlichen Kriegsschauplatze kämpfte, wurde jetzt bei den Durchbruchskämpfen in Galizien zum Gefreiten befördert und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. — Vergangene Nacht wurden hier drei fremde Männer festgenommen, in denen man russische Gefangene vermutet.

Groitzschen b. Zeitz, 22. Juli. (Entflohen.) Von dem gestern auf Grube Groitzschen eingetroffenen Gefangenentransport sind diese Nacht drei Russen in Uniform entwichen.

Rudolstadt, 21. Juli. (Verband Thüringischer Industrieller.) Nach vierjähriger Tätigkeit in den Diensten des Verbandes Thüringischer Industrieller wird Syndikus Dr. Ostermann am 1. August d. Js. von der Geschäftsführung des Verbandes zurücktreten, um in die Leitung eines industriellen Unternehmens überzugehen. Zu seinem Nachfolger ist Dr. phil. et jur. Richter, derzeit erster Assistent der Handelskammer Stettin, ernannt worden.

Gotha, 21. Juli. (Aufhebung des Kuchenbackverbots.) Das Ministerium in Gotha hat das Verbot, wonach Kuchen nur an den Montagen und Donnerstagen gebacken werden darf, aufgehoben.

Dresden, 21. Juli. (Fabrikbrand.) Die Spinnerei von Meyer & Co. in Wiesenbad ist infolge böswilliger Brandstiftung eingeäschert worden. Viele Flachsvorräte sind vernichtet worden. Der Schaden ist bedeutend.

Letzte Depeschen.

Eine Anfrage über die deutschen U-Boote.

WTB. **London**, 22. Juli. (Unterhaus.) **Auf eine Anfrage erklärte Mac Namara, bis zum 20. Juli seien 95 neutrale Schiffe durch deutsche Unterseeboote und Minen zerstört worden. — Bonar Law dankte den Untertanen aus den Kolonien, welche mit den Franzosen an den Dardanellen kämpften.**

Russische Greuel.

WTB. **Konstantinopel, 22. Juli. Die türkische Zeitung „Al Banrat" in Erzerum bringt Nachrichten über russische Greueltaten gegen die moslemitische Bevölkerung in Ardanutsch, deren Ueberlebende in die kaukasische Stadt Tauschkert flüchteten, welche dauernd im Besitz der Türken ist. Danach brachten die russischen Truppen Frauen und Kinder auf grausame Weise um und vergingen sich an den Frauen.**

Nach Privatnachrichten feuerte ein feindliches Schiff in Widerspruch mit den völkerrechtlichen Bestimmungen etwa 20 Granaten gegen die unbefestigte Hafenstadt Fenike, südwestlich Adamia. Ein anderes Schiff beschoß den Hafen Utschaide an derselben Küste. Auch gegen eine Gruppe von Frauen und Kindern wurden Granaten geworfen. Zwei griechische Untertanen wurden verwundet. Andere Verluste oder abschätzbarer Sachschaden sind nicht eingetreten.

Ein erfundener See-Erfolg.

WTB. **Berlin, 22. Juli. Dem Reuterschen Bureau zufolge hat Mac Namara im Unterhause mitgeteilt, daß das am 2. Juli in der Ostsee von einem englischen Unterseeboot versenkte Kriegsschiff der Deutschlandklasse das Linienschiff „Pommern" gewesen sei. — Hierzu wird dem WTB. von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß in der Ostsee bisher überhaupt kein deutsches Kriegsschiff durch ein feindliches Unterseeboot zum Sinken gebracht worden ist. — Die angeführte Meldung des Reuterschen Bureaus lautet: London, 22. Juli. Im Unterhause erklärte Mac Namara, daß nach einer halbamtlichen Meldung der russischen Regierung Kommandant des britischen Unterseebootes, das am 2. Juli das Schiff „Pommern" in der Ostsee torpediert hatte, Commander Norton gewesen sei. Dieser Offizier hat sich schon während der früheren Kriegszeit bei Helgoland ausgezeichnet.**

Eine niederträchtige Verleumdung.

Berlin, 22. Juli. Aus dem Großen Hauptquartier wird dem WTB. geschrieben: Nach einer Mitteilung in den Baseler Nachrichten entblödet sich die russische Regierung nicht, folgende Meldung zu verbreiten: Oesterreichische Soldaten des 6. Korps, die in den ersten Tagen des Juli in der Gegend von Cholm gefangen genommen wurden, versichern, daß die Deutschen in Rawaruska, nordwestlich Lemberg, 5000 russische Gefangene füsiliert hätten. Sie fügten bei, daß die als Verstärkung eingetroffenen Soldaten einen großen Friedhof sahen, wo all diese Hingerichteten bestattet waren.

Es wäre unangebracht, an eine von so niedriger Gesinnung zeugende Veröffentlichung auch nur ein Wort zu verschwenden.

Das belgische Nationalfest.

WTB. **Brüssel**, 22. Juli. Wie in den früheren Jahren, so hatten sich auch diesmal am Vormittag des 21. Juli, des Nationalfesttages, große Menschenmassen am Broukère- und am Märtyrerplatz eingefunden. Zur Sicherung des Verkehrs war Militär aufgestellt worden. Dasselbe fand jedoch keinen Grund zum Einschreiten. Es wurden nur einige Verhaftungen vorgenommen.

Die deutschen Schulvereine in Brüssel.

WTB. **Brüssel**, 22. Juli. In den seit Januar wiedereröffneten Schulanstalten des Deutschen Schulvereins in Brüssel fanden am 19. und 20. Juli Prüfungen statt. Den Vorsitz führte als Reichskommissar Geh. Regierungsrat Dr. Nelson-Coblenz, als Vertreter des Generalgouverneurs war anwesend der Generalreferent für Kultus und Unterricht Justizrat Trimborn.

Der Prozeß Kemp.

WTB. **Prätoria**, 22. Juli. (Reuter.) Bei dem Prozeß gegen Kemp sagte ein Zeuge aus, daß er Kemp und Maritz in deutsches Gebiet bis Ketmannshop begleitet habe. Der Zeuge wohnte später einem Gefecht bei Naus bei, wo Maritz die deutsche Artillerie befehligte.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 22. Juli. Der vom Börsenvorstand in seiner gestrigen Sitzung beschlossene Modus des Abbaues der Ultimoengagements kam in Stimmung sowie in dem Geschäftsumfang des heutigen freien Börsenverkehrs kaum zur Geltung, da sich das Interesse andauernd in der Hauptsache dem Industrieaktienmarkt zuwendet. Vorübergehend machten sich leichtere Schwankungen bemerkbar. Heimische Anleihen zeichneten sich wiederum durch Festigkeit aus, und russische Anleihen waren behauptet. Von Montanwerten waren Phönix sowie Oberbedarf fest, dagegen neigten Deutsch-Luxemburger und Hohenlohe nach unten. Kriegswerte lagen nicht einheitlich: Daimler Motoren waren nach anfänglicher Festigkeit abgeschwächt, während andererseits Benz-Motoren, Adler Fahrrad, Horch-Motoren und Fahrzeugfabrik Eisenach etwas gebessert waren. Deutsche Waffen blieben preishaltend, dagegen wurden Adler & Oppenheimer niedriger. Von Waggonaktien setzten Busch Waggon und Rathgeber Waggon ihre Aufwärtsbewegung fort. Eine Kleinigkeit niedriger wurden Schwartzkopff Maschinen. Von Stahlaktien neigten Becker Stahl und Lindenberg nach unten, Hedmann sowie Rütgerswerke waren gebessert. Als höher waren ferner R. Frister und Schlesische Mühlen zu erwähnen. Von chemischen Werten, die weiterhin fest lagen, wurden Ver. Chemische Werke Charlottenburg bevorzugt. Erdölaktien, die anfangs wesentlich gebessert waren, konnten sich im weiteren Verlaufe nicht behaupten. In Bankaktien blieb das Geschäft sehr still. Nachfrage zeigte sich für Reichsbankanteile. Auch Schantungbahn-Aktien wurden zu anziehenden Kursen gesucht. Von fremden Devisen waren nordische sowie Cable sehr fest. Das übrige blieb ebenso wie Rubelnoten behauptet. Tägliches Geld stellte sich wie bisher auf 2½ Prozent à 2 Prozent, und der Privatdiskont auf etwa 3⅞ Prozent und darunter.

Getreide.

Berlin, 22. Juli. Am Getreidemarkt ist die Stimmung durchaus fest gewesen. Im Großhandelsverkehr war das Angebot für Mais nur klein, die Preise aber auch wenig verändert und die Kauflust nur gering. Dagegen herrschte für feine Gerstensorten reger Begehr, so daß die Preise bis zu 10 Mk. höher waren. Besonders die Provinzhändler kauften, was nur irgend erreichbar war. Im Lokogeschäft wurde Mais trotz leiner Nachfrage 1 bis 2 Mk., Gerste 3—4 Mk. höher gehandelt. Für die anderen Futtermittel waren die Forderungen ca. 5 Mk. pro Tonne höher. Zum erstenmal wurde heute Strohmehl angeboten. Die Forderungen für diesen Artikel bewegten sich zwischen 17¼—17½ Mk. pro 50 Kilo. Der Getreidemarkt blieb ohne Notiz. Wetter: bewölkt.

Stabeisenkonvention. In der Sitzung der Stabeisenkonvention am Donnerstag wurde beschlossen, den Verkauf für das 4. Quartal zu unveränderten Preisen, also 140 Mark pro Tonne, freizugeben.

Der Verband der Deutschen Veredelungsanstalten für baumwollene Gewebe hat eine weitere Erhöhung des Teuerungszuschlages um 20 Prozent beschlossen, so daß ein Gesamtzuschlag von 50 Prozent in Kraft tritt. Dieser Zuschlag trifft sowohl Verbandsartikel als auch Nichtverbandsartikel. Daneben und außer diesem 50prozentigen Zuschlag bleiben die besonderen Erhöhungen bestehen, mit denen die Appreteurs kürzlich belegt worden sind.

Nähmaschinen- und Fahrradfabrik Bernh. Stöwer A.-G. in Stettin. Die Anpassung an die Fabrikation von Kriegsmaterial hat sich bei dem Unternehmen glatt vollzogen, so daß das erste Semester 1915 bereits einen ansehnlichen Gewinn erbracht hat. Da auch die Aussichten für die zweite Jahreshälfte günstig bleiben, so könne man heute schon annehmen, daß die Dividendenzahlung, die im Vorjahre mit Rücksicht auf die ausländischen Interessen eingestellt worden war, wieder aufgenommen werden dürfte.

Der Waren-Einkaufsverein A.-G. in Görlitz steigerte in 1914/15 nach 74 476 (i. V. 28 466) Mark Abschreibungen seinen Reingewinn auf 374 882 (223 840) Mark und verteilte 15 Proz (12) Dividende auf 1 500 000 Mark Aktienkapital.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null).

Elbe (22. Juli).

Aussig	—	Roßlau	+0,59
Dresden	—1,41	Barby	+0,67
Torgau	+0,34	Schönebeck	+0,19
Wittenberg	+1,31	Magdeburg	+0,53

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: J. V.: Siegfried Dyck; für Unterhaltungsblatt und Letzte Nachrichten: Hans Natonek; für den Anzeigenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150723017/fragment/page=0004